Deutscher Bundestag **Drucksache 19/15509**

19. Wahlperiode 26.11.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Änderungsantrag

der Abgeordneten Martin Reichardt, Mariana Harder-Kühnel, Thomas Ehrhorn, Nicole Höchst, Frank Pasemann, Johannes Huber, Marc Bernhard, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Matthias Büttner, Tino Chrupalla, Joana Cotar, Marks Frohnmaier, Dr. Götz Frömming, Kay Gottschalk, Dr. Heiko Heßenkemper, Karsten Hilse, Nicole Höchst, Martin Hohmann, Stefan Keuter, Jörn König, Jens Maier, Andreas Mrosek, Ulrich Oehme, Tobias Matthias Peterka, Uwe Schulz, Thomas Seitz, René Springer, Dr. Harald Weyel, Mariana Harder-Kühnel und der Fraktion der AfD

zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 19/11800, 19/11802, 19/13916, 19/13924, 19/13925, 19/13926 –

Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020
(Haushaltsgesetz 2020)

hier: Einzelplan 17

Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

zu der Ergänzung des Entwurfs eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020
– Drucksachen 19/13800, 19/13801, 19/13802 –

Der Bundestag wolle beschließen:

Gegenüber dem Entwurf wird der Ansatz für „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (Kapitel 1702, 684 04-165) von 115 500 TEUR auf 53 750 TEUR herabgesetzt.

Berlin, den 22. November 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Die Maßnahmen bilden die tatsächliche Gefährdungslage nicht realistisch ab. Es werden überwiegend Projekte im sogenannten „Kampf gegen Rechts“ gefördert. Die Gewichtung bei der Förderung von Projekten gegen verschiedene Formen von Extremismus muss sich am Verfassungsschutzbericht orientieren. Theorie und Praxis der „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ klaffen weit auseinander. Träger, die nicht für Toleranz und Demokratie stehen, dürfen aus dem Programm nicht gefördert werden. Des Weiteren wir angestrebt, für geförderte Träger die Demokratieklausel wieder einzuführen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.